

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
Herr Ad. Schles, Hofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitens- Ecke,
Ollo Neklich, in Firma
J. Leumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
i. V. J. Hirschfeld
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 387

Die „Posener Zeitung“ erscheint monatlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen jedoch nur zwei Mal,
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
das Reichsland, Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
A. Wosse, Hasenkell & Vogler &
G. J. Danke & Co., Invalidendienst.

Berantwortlich für den
Inseratenhthalte:
J. Klugkist
in Posen.

Dienstag, 7. Juni.

Inserate, die sich gehaltenen Petitionen über deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagnausgabe 25 Pf., an besorgten
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagnausgabe vor 8 Uhr vormittags, für die
Morgenausgabe vor 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Deutschland.

F. H. C. Berlin, 5. Juni. Die Unsicherheit in den handelspolitischen Verhältnissen eines ansehnlichen Theils von Europa hat sich leider in den letzten Wochen wieder wesentlich verschärft. Als am 1. Februar d. J. die zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz vereinbarten Tarifverträge in Kraft traten, durfte man mit vollem Rechte sich des neu hergestellten Systems internationaler Abmachungen freuen, welches wenigstens für einen wichtigen Theil der europäischen Staaten feste zollpolitische Verhältnisse schuf; der damals noch ausstehende, nunmehr aber auch zu Stande gekommene Tarifvertrag zwischen Italien und der Schweiz fügte, nicht ohne langwierige Verhandlungen, den erwünschten Schlussstein in dieses auf gegenwärtige Zollermäßigungen und Verkehrserleichterungen abzielende System. An demselben Tage aber erlangten in Frankreich und in Spanien neue schweizerische Tarife Geltung und gerade diese Tarife geben jetzt den Anlaß zu neuen Beunruhigungen des internationalen Verkehrs. Man hat sich zunächst mit vorläufigen Abmachungen geholfen, welche wenigstens für einige Monate das Inkrafttreten der neuen schroffen Schutzolltarife hinausgeschoben, und man hielte an der Hoffnung fest, daß in der Zwischenzeit der Abschluß neuer definitiver Verträge erreicht werden könnte. Aber das Provisorium naht sich bereits seinem Ende, ohne daß irgend eine Verständigung erzielt worden wäre. Die Ursache dieses unerwünschten Verlaufs ist unzweifelhaft in den Grundlagen der neuen autonomen Tarife zu suchen, welche Frankreich und Spanien aufgestellt haben; beide Staaten haben einen Minimaltarif eingeführt, welcher auf die Erzeugnisse derjenigen Staaten Anwendung finden soll, welche auf den Abschluß neuer Handelsverträge eingehen, und einen Maximaltarif mit höheren Sätzen, welcher allen anderen Staaten gegenüber Geltung haben soll. Dieses anscheinend so klug ausgesonnene System eines doppelten Tariffs erwies sich aber von Anfang an, sobald es nur zu Verhandlungen über neue Verträge kam, nicht als ein Vorteil, sondern als ein Hemmnis für alle neuen Abmachungen. In beiden Tarifen herrscht ja das Prinzip gesteigerten Zollschatzes vor; nicht nur die Sätze des Maximaltarifs, auch die Sätze des Minimaltarifs gehen vielfach bedeutend über die bisher bestandenen Zölle hinaus. Den eigentlichen Triumph aber setzte die Schutzzöllnerie in der Aufstellung eines Minimaltarifes selbst, denn dieser Tarif soll die äußersten Zugeständnisse bezeichnen, bis zu welchen die Regierungen bei den Verhandlungen über neue Verträge gehen dürfen. Bzw. hat keine Regierung eine solche Verpflichtung in striktem Sinne anerkannt und in Frankreich speziell hat sich der Handelsminister unter Verweis auf die Verfassung ausdrücklich dagegen verwahrt, daß die Regierung bei neuen Verträgen überhaupt nicht unter die Sätze des Minimaltarifs hinuntergehen dürfe. Aber trotzdem ist die Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen durch die neue französische und spanische Zollgesetzgebung doch verschoben. Bisher handelte es sich bei Vertragsverhandlungen darum, ob jeder der beteiligten Staaten in ausreichendem Maße Herabsetzungen und Bindungen seines Tarifs zu bewilligen bereit war; der neue Konventionaltarif war ein Ergebnis der aus den Verhandlungen hervorgegangenen Verständigung und die am 1. Februar d. J. in Kraft getretenen sieben neuen Tarifverträge sind gerade auf diese Weise zu Stande gekommen. Jetzt wollen Frankreich und Spanien den allein durch die eigene schweizerische autonome Zollgesetzgebung aufgestellten Minimaltarif den anderen Staaten auch in den Verträgen als ein unabänderliches Gesetz auferlegen, und wenn nichtsdestoweniger in dem einen oder anderen Punkte eine darüber hinausgehende Konzession gemacht werden müßte, so soll sie eben nur als eine Ausnahme gelten. Rechnet man hierzu, daß die Regierungen selbst den herrschenden schweizerischen Tendenzen folgen und demnach jeder Zollerleichterung an sich abgeneigt sind, so kann der ergebnislose Verlauf der bisherigen Verhandlungen kaum überraschen, und es ist leicht erklärlich, daß gerade die beiden Staaten, welche dieses System in Anwendung bringen, Frankreich und Spanien selbst unter einander nicht zu einer Einigung kommen können. Verschärft wird die damit für den Verkehr geschaffene Unsicherheit noch besonders durch den Umstand, daß das System des Doppelstarifs darauf berechnet ist, in möglichst ausgedehntem Umfange, soweit nicht Verträge entgegenstehen, Differentialzölle zu schaffen. Auch andere Staaten haben im Laufe der letzten zwölf Monate neue beträchtliche Zollerhöhungen in Kraft gesetzt, so Russland, Rumänien und Portugal. Aber diese Länder behandeln wenigstens die Erzeugnisse einzelner Staaten nicht ungünstiger als die Erzeugnisse anderer; die Sätze ihrer autonomen Tarife gelten allen Staaten gegenüber und so bleibt im Verkehr mit ihnen doch noch immer die schärfste Form des Zollkriegs, der Differentialtarif, außer Anwendung. Die neuen Tarife Frankreichs und Spaniens sind umgekehrt gerade auf die Anwendung von Differentialzöllen zugespielt. Interessirt sind dabei zunächst Frankreich gegenüber der Schweiz und Belgien, Spanien gegenüber Frankreich; aber in weiterer Rückwirkung kann das Ergebnis der noch schwedenden Verhandlungen auch für die europäischen Industriestaaten, vor Allem für Deutschland und für England, nicht gleichgültig sein. Der spanische Markt hat für die beiden letztgenannten Staaten keine geringe Bedeutung, aber auch Frankreich ist, trotz seiner hochentwickelten Exportindustrie oder vielmehr zur Ergänzung derselben ein wichtiger Abnehmer deutscher und englischer Industrieerzeugnisse. Sollte auch in den nächsten Wochen eine vertragsmäßige Einigung nicht erreicht werden, so würde jedenfalls eine Verlängerung des bestehenden Zustandes wünschenswert sein. Es ist gerade in zollpolitischen Fragen ratsam, sich den Beginn eines speziellen Zollkriegs lieber zehnmal als einmal zu überlegen. Angeblich der handelspolitischen Wirren, zu welchen diese Verhältnisse bereits geführt haben und die sich noch zu steigern drohen, darf man sich jedenfalls um so mehr freuen, daß es der anerkennenswerten Initiative der deutschen Reichsregierung gelungen ist, durch die neuen Tarifverträge wenigstens einen ansehnlichen Theil des auswärtigen Handels Deutschlands für einen längeren Zeitraum vor solchen Wirren zu bewahren.

Das italienische Königspaar trifft bestimmt Mittwoch, 8. Juni in Potsdam ein. Am Donnerstag findet zu dessen Ehren daselbst große Parade statt.

Der Bundesrath beschäftigte sich in der am 2. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung zunächst mit Zoll- und Steuer-Angelegenheiten: der zollfreien Ablassung von Nezen für die Hochseefischerei, der Zulassung gemischter Privat-Transportlager ohne amtlichen Zollverschluß für Getreide in mehreren Städten, der Änderung der Vorrichtungen über die Rückvergütung der Brauteuer bei der Ausfuhr von Bier, endlich Anträgen auf Rückvergütung gezahlter Zollbeträge. Dem Entwurf von Ausführungsverordnungen zu dem Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen eingerufenen Mannschaften, sowie dem Antrage Badens auf Änderung des Etats der Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungskosten wurde die Zustimmung ertheilt. Die vom Reichstage überwiesenen Petitionen wegen Änderung des Handelsgelehrbuchs, der Gewerbe-Ordnung, der Bibil-Zoll-Ordnung und der Konkurrenz-Ordnung wurden dem Reichskanzler übergeben. Dem Beschluß des Reichstags, eine Petition, betreffend die Aufnahme von Bestimmungen über Jagdrecht und Erfaß von Wildschaden in das künftige Bürgerliche Gesetzbuch, dem Reichskanzler als Material für die Prüfung der Frage zu überreichen, ob und eventuell, nach welcher Richtung hin Bestimmungen über Jagdrecht und Erfaß von Wildschaden in das künftige deutsche Bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen seien, beschloß die Versammlung keine Folge zu geben.

Die Stellung der Reichsregierung zu einer deutschen Weltausstellung hat der Reichskanzler, wie schon mitgetheilt, neuerdings in einer an den Verein Berliner Kaufleute und Industrieller gerichteten Broschüre dahin präzisiert, daß für eine solche der Zeitpunkt 1896/97 keinesfalls schon in Frage kommen könne. Als bei der Beratung der für die Weltausstellung in Chicago im Etat geforderten Summe in der Budgetkommission des Reichstags in der letzten Session auch der Gedanke einer deutschen Ausstellung zur Sprache kam, gab Staatssekretär v. Bötticher die Erklärung ab, von einer solchen könne vor 1897 keine Rede sein. Der Reichskanzler scheint den Zeitraum noch weiter hinauszchieben zu wollen, weil er fürchtet, daß die Aussicht auf zwei kurz nacheinander stattfindende Ausstellungen die Betheiligung der deutschen Industrie an der Ausstellung in Chicago schädigen könnte. Es lägen bereits bestimmte Anzeichen dafür vor, daß deutsche Industrielle geneigt seien, ihre Zusage für Chicago wieder zurückzuziehen!

„Es ist meine Pflicht, schreibt Graf Caprivi, zunächst die von den gesetzgebenden Faktoren gebilligte und mit Reichsmitteln unterstützte Betheiligung des deutschen Gewerbes an der Ausstellung in Chicago mit allen Kräften zu fördern und zu schützen.“

Gegen diese Auffassung wird sich um so weniger etwas einwenden lassen, als es ja hinlänglich bekannt ist, daß gewisse Großindustrielle der Chicagoer Ausstellung ohnehin sehr kühn gegenüberstehen. Es genügt daran zu erinnern, daß der Abg. v. Stumm f. B. im Reichstage erklärte, er habe als Eisenindustrieller die Theilnahme an der Chicagoer Ausstellung abgelehnt, weil er darin keinen Nutzen für ihn und auch nicht für das nationale Interesse sahe. Dagegen sei er bereit, seinen Patriotismus dadurch zu bethätigen, daß er als Weinproduzent an der Mosel vier Flaschen Grünhäuser nach Chicago schicke! Nachdem den Herren Stumm und Genossen durch die Eisenzölle der deutsche Markt gesichert ist, sind sie ausstellungsmüde, um so mehr, als sie im Ausland auch die Konkurrenz derjenigen Nationen auszuhalten haben, die sich keiner Schutzzölle erfreuen. Es wäre in der That an der Zeit, unsere „saturierte Großindustrie“ etwas mehr auf die eigenen Füße zu stellen. Was im übrigen die Bedenken des Reichskanzlers gegen den zu frühen Zeitpunkt für eine deutsche Ausstellung betrifft, so wird denselben am wirksamsten entgegentreten, wenn man möglichst bald das Ausstellungsjahr — mag das nun 1898 oder 1900 sein — feststellt. Inzwischen haben, wie gleichfalls schon mitgetheilt, der oben genannte Verein sowie die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin beschlossen, die Bildung einer freien Vereinigung für die Beschaffung eines Garantiefonds für die deutsche Ausstellung bis zum Herbst zu vertagen.

Über unser Verhältniß zu Italien läßt sich Fürst Bismarck in den „Hamb. Nachr.“ wie folgt vernehmen:

Die „Pereveranza“ behauptet, Crispi habe seiner Zeit in Friedrichsruh beim Fürsten Bismarck ein militärisches Protokoll unterzeichnet, durch welches Italien sich verpflichtete, eine gewisse Anzahl von Armeeförps den Verbündeten zu Hülfe zu senden. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft geäfften. Crispi hat in Friedrichsruh niemals irgend etwas Derartiges unterschrieben. Verhandlungen sind natürlich bei jeder Anwesenheit des italienischen Staatsmannes in Friedrichsruh geöffnet worden, aber ein Abkommen, irgend eine Unterschrift politischer Natur hat niemals stattgefunden, in Bezug auf die italienische Heeresstärke nicht einmal eine mündliche Verabredung oder auch nur Besprechung. Fürst Bismarck hat schon damals der Überzeugung gelebt, daß die gegenseitige Freundschaft und das Zusammenhalten zwischen Deutschland und Italien von der Stärke des italienischen Heeres nicht abhängig sei. Der frühere Reichskanzler hat stets die Ansicht vertreten, daß für den Dreiebund Italien mit einer größeren oder geringeren Heeresmacht als der heutigen immer ein Genosse sei, dessen Freundschaft zu pflegen und

zu erstreben sei; diese Auffassung ist auch in Friedrichsruh für den Verkehr des Fürsten Bismarck mit Crispi stets maßgebend gewesen. Wie man in dieser Auffassung eine Geringsschätzung Italiens suchen kann, ist nicht ersichtlich; im Gegenteil geht daraus das Anerkenntnis hervor, daß Italien, wie immer es seine Arme derzeit ausrüstet, das Gewicht einer europäischen Großmacht hat, deren Freundschaft wünschenswert ist und gesucht wird. Es wäre umgekehrt eine Missachtung unseres Verbündeten und des Gewichts des italienischen Nationalstaates, wenn man eine Heeresziffer fingieren wollte, von deren Erringen oder Nichterreichen das Maß des Gewichts abzuhängen hätte, das auf die Freundschaft dieser Macht zu legen sei.

In einer Polemik gegen die „Weber-Ztg.“ bemerken die „Hamb. Nachr.“ weiter über die Beziehungen zwischen Herrn v. Forckenbeck und dem ehemaligen Reichskanzler:

Wir glauben, daß die Beziehungen zwischen den beiden Herren in gegenseitiger Anerkennung der Ehrlichkeit, mit der Feder seine Überzeugung im Streite vertrat, niemals unfreundliche gewesen sind. Daß Herr v. Forckenbeck als Politiker vermöge der Lebhaftigkeit seiner Überzeugungen mitunter die Ruhe verlor, zeigte seine Rede im Zoologischen Garten und sein Gedanke, Deputationen aller Städte nach Berlin zu berufen nach Analogie der Konföderierten in der ersten französischen Revolution. Wir glauben, daß die Einsicht, hiermit zu weit gegangen zu sein, auf Herrn v. Forckenbecks weitere Entschließungen und auf sein Verhalten nicht unwe sentlich zurückgewirkt hat.

Was die „Weber-Ztg.“ in Bezug auf den damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm andeutet, ist pure Erfahrung. Herr von Forckenbeck hatte gute Beziehungen zum Kronprinzen, aber Nachfolger des Fürsten Bismarck würde er unter der späteren Regierung Kaiser Friedrichs nicht geworden sein. Von einer Rivalität zwischen Forckenbeck und dem Fürsten Bismarck ist niemals die Rede gewesen. Schon mehrere Jahre vor dem Hintertritt Kaiser Wilhelms I. hat der damalige Kronprinz über seinen Entschluß, den Fürsten Bismarck als Reichskanzler beizubehalten, weder diesen selbst noch sonst Eingeweihte im Zweifel gelassen. Nicht minder unzutreffend ist das, was die „Weber-Ztg.“ über den ursächlichen Zusammenhang der Einstellung des Kulturmampfes mit der Sezession behauptet. Die Sezession ist nicht durch die Kirchenpolitische Wendung veranlaßt worden, sondern umgekehrt diese durch jene, die Sezession war eine zwingende Ursache, weshalb die Kirchenpolitik der Regierung aufgegeben werden mußte, da die Hauptvertreter des Kulturmampfes in das fortschrittliche Lager und damit in die Bundesherrschaft des Zentrums übergingen.

Glauben die „Hamb. Nachr.“ im Ernst, daß unter einem gesunden Kaiser Friedrich Fürst Bismarck als Reichskanzler auf die Länge möglich gewesen wäre?

Und endlich schreibt das Hamburger Blatt Folgendes: Daß die (ultramontane) „Königliche Volkszeitung“ an der parlamenterialischen Thätigkeit des Herrn v. Kleist-Retzow mehr Freude hatte, als an seiner oberpräsidialen, ist uns nicht neu gewesen. Es bestand zwischen beiden Bestrebungen eben der Unterschied der bewußt reichsfreindlichen und unbewußt reichsschädlichen.

Na, das kann hübsch werden.

— Die „Kreuzztg.“ setzt ihre Heze gegen den Minister des Innern, den Vater der Landgemeindeordnung, fort, indem sie sich schreiben läßt:

Der von dem Minister des Innern, Herrn Herrfurth, gelegentlich der Beratung der Landgemeindeordnung für Schleswig-Holstein gegen die Rede des Grafen Klinckowström erhobene Vorwurf hat in den konservativen Kreisen aufs Peinlichste berührt. Die allgemeinen Bedenken, die Graf Klinckowström gegen die Ausdehnung der Landgemeindeordnung auf andere Provinzen erhob, sind im konservativen Kreise entschieden gewachsen und die konervative Partei kann nicht darauf verzichten, diese ihre Bedenken im Parlamente zum Ausdruck zu bringen. Graf Klinckowström hatte seine Auffassung auch in durchaus sachlicher Form zur Geltung gebracht.

Die nach den Pfingstferien bevorstehende dritte Schlussberatung der Vorlage dürfte übrigens Gelegenheit geben, noch einmal auf die Sache zurückzukommen. Wir zweifeln nicht, daß Herr Herrfurth diese Gelegenheit benutzen wird, dem junkerlichen Übermuth, der gerade im Herrenhause so oft zum Durchbruch kommt, einen Dämpfer aufzusetzen.

Wie uns aus Berlin geschrieben wird, ist die Untersuchungshaft des jetzt freigesprochenen Bankiers Polke, welche mehr als ein Jahr dauerte, wirklich durch die Worte im Notizbuch eines Zeugen „Polke Ausland oder hierbleiben“, veranlaßt worden. Wir hatten dies bisher nicht glauben können. Man steht hier vor einer absolut rätselhaften Maßnahme der Staatsanwaltschaft. Der Staatsanwalt hat angenommen, so erklärt er jetzt selbst, daß diese Worte auf die Erwähnung eines Fluchtversuchs des Angeklagten abzielen. Dagegen hat man nun schon das Ergebnis der Beweisaufnahme, welches auch schon in der Voruntersuchung zu erlangen gewesen wäre, angeführt, daß die Notiz sich darauf bezog, ob ein Bruder des Angeklagten als Geschäftsbetreiber ins Ausland gehen sollte. Diese positive Aufklärung des Sinnes der Notiz ist zwar deutlich, aber sie wäre doch kaum nötig gewesen. Die Annahme des Staatsanwalts fällt, wenn man bloß ein bisschen Psychologie mitbringt, in sich zusammen. Wird denn jemand, der sich mit Fluchtgedanken traut, den Direktor einer Fabrik, deren Hauptaktionär er ist, eine Notiz machen lassen, damit beide diesen Gedanken nicht vergessen? Das ist eine ganz unmögliche Annahme. Es hätte nicht vorkommen dürfen, daß

auf eine so schlecht begründete Annahme hin demand ein Jahr lang in Haft gehalten wurde.

Nicht wegen Betruges, sondern wegen Beleidigung hochstehender Personen, vor allem des Reichskanzlers und des Justizministers, soll Ahlwardt verhaftet worden sein. Diese Darstellung, die von allen Blättern im guten Glauben übernommen wird, erscheint uns nach manchen Richtungen hin zweifelwürdig, und wir sind überzeugt, daß noch andere und schlimmere Dinge ihre Rolle dabei gespielt haben werden. Ahlwardts Organe verbreiten jetzt die Behauptung, daß mehrere Privatdetektivbüros für das Geld jüdischer Auftraggeber das ganze Vorleben des Ahlwardt durchforscht hätten. Wenn das wahr wäre, was wir nicht wissen, würde es die Handlungen des Ahlwardt weder entschuldigen können, noch sie in milderem Lichte erscheinen lassen. Ueber den Freund Ahlwardts, den Oberlehrer an einem Berliner Realgymnasium, Paul Förster, wird uns aus Berlin geschrieben, daß sein letztes mahloses Auftreten ihm nicht nur die Achtung eines erheblichen Theiles der Eltern seiner Schüler geraubt, sondern auch sein Ansehen innerhalb des Schulverbandes selber erschüttert hat. Schon wird angenommen, daß Förster einen geräuschvollen Abgang wünsche, um dann antisemitischer Reiseprediger zu werden. Auch ein Beruf!

Auf verschiedene Anfragen erklärt die „Kons. Korresp.“: Die Frage, betreffend eine Erweiterung des Parteiprogramms ist keineswegs bis zum Herbst vertagt. Bald nach Pfingsten wird über die Einberufung der Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Konservativen Beschluss gefaßt und sodann das weitere über den Stand der Angelegenheit in authentischer Form veröffentlicht werden.

Die Wahl des neuen Oberbürgermeisters von Berlin wird voraussichtlich erst nach Ablauf der städtischen Ferien, welche die Monate Juli und August umfassen, stattfinden. Wie es jetzt heißt, soll Bürgermeister Zelle die meiste Aussichten haben, gewählt zu werden.

Fürst Bismarck wird sich, wie die „Hamb. Nachr.“ mittheilen, am 17. oder 18. d. M. von Friedrichsruh — möglicherweise über Schönhausen — nach Dresden begeben, dort übernachten und am 19. nach Wien weiterreisen, wo die Ankunft spät Abends erfolgen würde. Nach seiner Theilnahme an der Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck, die nach neueren Dispositionen nicht in Trieste, sondern in Wien am 21. Juni stattfindet, dürfte sich der Fürst nach Leissingen begeben.

Nach der „Ahlw. Btg.“ sucht der Verfasser der Broschüre über die angeblichen Quittungen aus dem Welfenfond sogleich in Paris einen Verleger.

Nach einem Privatelegramm des „B. T.“ aus Zanzibar begibt sich die Wissenschaftliche Expedition am 7. d. Mts. über Saadani, wo der Wissenschaftliche Dampfer lagert, nach Chinde in Portugiesisch-Ostafrika; von dort wird die Reise ins Innere angebrochen werden.

Bebel hat soeben ein neues Buch, „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, vollendet, das im nächsten Monat ausgegeben werden soll. Das Schlus Kapitel enthält eine scharfe Polemik gegen die „Unabhängigen“ und die Anarchisten.

Bochum, 5. Juni. Waare war bisher auch Mitglied des Landeseisenbauchs. In dem diejer Tage veröffentlichten Verzeichniß der für die nächsten drei Jahre berufenen Mitglieder dieser Körperschaft findet sich sein Name nicht mehr.

Aus Bayern, 5. Juni. Aufgrund einer Mittheilung, die in einer Versammlung des Vereins „Freissim“ zu Nürnberg gemacht wurde, wird die deutsch-freimaurische Partei im nächsten bayerischen Landstage die Einführung der allgemeinen progressiven Einkommensteuer beantragen.

Baltische Skizzen.

(Von unserem Korrespondenten.)

[Nachdruck verboten.]

Riga, 2. Juni.

Fast drei Jahre sind schon verflossen, seitdem die Russifizierung in den Ostseeprovinzen das altherkömmliche baltische Gerichtswesen überflügelte und in gewaltigem Umfang durch russische Institutionen verdrängte. Wohl wirkte diese Manipulation einen großen Staub auf, wurden doch in Riga allein 52 Beamte in der russischen Sprache unfundig brotlos gemacht, ohne daß ihnen eine Entschädigung zu Theil wurde, heut zu Tage spricht jedoch kein Mensch mehr von dieser Umwälzung, so hat sich die neue Gerichtsbarkeit bereits eingebürgert. Während in früheren Zeiten die Verhandlungen in deutscher Sprache, welcher man sich hier zu Lande als derjenigen des Handels und der gebildeten Stände bedient, geführt wurden, ist jetzt nur noch die russische ausschließlich als Gerichtssprache gestattet. Die diesbezüglichen Verordnungen sind so streng gehalten, daß der Richter während der Verhandlung kein deutsches Wort sprechen darf, und selbst wenn er die Sprache versteht, sich die Auslagen der deutsch, estnisch oder lettisch sprechenden Parteien übersetzen lassen muß, als ob er die betreffende Sprache überhaupt gar nicht verstände. Selbstverständlich ist es daher, daß die Translatoren hierbei eine große Rolle spielen. Wenn man nun bedenkt, welche Verantwortung diese Leute für eine richtige, sachgemäße Uebersetzung tragen, ist es erstaunlich, aus welchen Elementen diejenen bestehen. Bei den höheren Gerichten erhalten die Translatoren eine Gage von monatlich 15 Rubel, wofür sie außer ihren mündlichen Uebersetzungen oft noch zu schriftlichen Arbeiten herangezoen werden. Gewiß eine ungemein niedrige Belohnung für einen Menschen von dem Bildungsgrade, welcher doch immerhin dazu gehört, die Aussagen der Zeugen, des Klägers wie Angeklagten richtig zu übersetzen und somit den größten Einfluß auf die Rechtsprechung auszuüben. Noch schlimmer ist es mit dem untersten Gerichte, dem Friedensgericht bestellt. Dieselben sind in Entfernung von 30 bis 40 Werst über das ganze Land hin zerstreut, und erhält jeder einzelne Richter für seinen Bezirk zur Befreiung der Kosten eine gewisse Summe als Pauschalquantum ausgezahlt, für welches er sich das nötige Unterpersonal selbst zu stellen hat. In Orten, an denen die betreffenden Gebäude noch nicht erbaut worden sind, hält der Friedensrichter sogar die Verhandlungen in einem dazu hergerichteten Zimmer seiner Wohnung ab. Damit nun auf seinen Theil eine möglichst hohe Gage falle, ist derselbe natürlich genötigt, Schreiber sowohl wie Diener mit dem niedrigsten Etat einzustellen. Ein Schreiber, welcher oft von früh bis in die Nacht hinein arbeiten muß, erhält selten mehr als 20 Rubel monatlich. Der Gerichtsdienst, den man bei den Verhandlungen wohl schwerlich, da er in Zivilkleider geht, als solchen herausfinden würde, wenn er nicht beim Gerichtsstelle herumhantire, erhält 10 bis 15 Rubel. Zum Siegt der Dienst ob, Ordnung im Gerichtszimmer zu schaffen, die Aufgerufenen in die Barriere einzulassen und den Verurtheilten in das Gefängnis abzuführen.

Militärisches.

Ulm, 5. Juni. Das Prinzip der Festungsumwallung ist durchbrochen, schreibt die „Ulm. Btg.“ Wie uns von beteiligter Seite mitgetheilt wird, hat die Firma Gebr. Braun, Dachdecker und Asphaltgeschäft hier, vom kaiserlichen Gouvernement die Erlaubnis erhalten, jenseits des westlichen Walles zwischen der Söllingerstraße und der Bahnlinie (gegenüber dem Bleicher Hag) ein massives Fabrikgebäude mit einem 12 Meter hohen Schornstein zu errichten. Der Bau ist zur Herstellung von Asphalt- und Theerproduktion bestimmt und wird eine Länge von 25 Meter und eine Breite von 9 Meter erhalten. Mit der Genehmigung dieses Baugesuchs, um welche sich insbesondere Festungsgouverneur Graf von Alten und Oberbürgermeister Wagner verdient gemacht haben, ist der Anfang zur Aushebung der Baubechränkungen im ersten Rayon nach Westen gemacht und die Möglichkeit einer Ausdehnung unserer Stadt nach dieser Richtung hin gegeben.

Notables.

Posen, den 7. Juni.

* Durch die vielen Bränden, welche unzweifelhaft durch Brandstiftung verursacht worden sind, veranlaßt, hat, wie wir vernehmen, die Direktion der Provinzial-Feuersozietät mit der königl. Staatsregierung ein Abkommen getroffen, durch welches ersterer zur Ermittlung und Verfolgung von Brandstiftern ein besonderer Kriminalbeamter zur Verfügung gestellt wird. In den Brandfällen, in welchen Brandstiftung als Ursache des Feuers anzunehmen ist, wird daher von jetzt ab seitens der Sozietsverwaltung der gedachte Kriminalbeamte zur Ermittlung des Verbrechers entsendet werden. Der Thätigkeit dieses Geheimpolizisten wird voraussichtlich die Ermittlung und Ueberführung so manches Brandstifters gelingen, welcher sich bisher dem Arm der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen wußte.

* Ein Gardinenbrand war am ersten Pfingstfesttag Abends 10^{1/2} Uhr im Hause Klosterstraße Nr. 23 ausgebrochen. Derselbe wurde von dortigen Personen schnell gelöscht und konnte die inzwischen alarmirte Feuerwehr sogleich wieder abrufen.

Aus der Provinz Posen

und den Nachbarprovinzen.

○ Thorn, 5. Juni. Zur Verhaftung der russischen Falzschwünzerbande hier selbst, welche wir bereits gemeldet haben, thellen wir mit, daß die fünf Personen heißen: Niemeier Czapski, dessen Frau, Schuhmacher Polorski, Schuhmacher Elgawitz und Schneider Frankenstein, sämmtlich aus Plonsk. In Elsenau bei Jannowitz hatten die Leute einem Wirth Rubelscheine zum Kauf pfundweise angeboten. Dieser versprach, nach Thorn zu kommen, um das Geschäft abzuschließen. Deshalb suchte die Gesellschaft unsern Ort auf. Der Wirth meldete aber die Anlegenhheit der Polizei und auf Nachricht der Jannowitzer Polizeibehörde erfolgte hier die Festnahme. Alle Verhafteten leugnen zwar, falsche Rubelscheine umgesetzt zu haben, haben sich aber in ihren Aussagen sehr in Widerprüche verwickelt.

Telegraphische Nachrichten.

Ober-Glogau, 4. Juni. Der hier eingetroffene Kaiser bestätigte im Laufe des Vormittags im Schloßhofe das 2. Schlesischen-Regiment Nr. 6 und wohnte sodann in der Pfarrkirche der Trauung des Fürsten v. Radolin mit der Gräfin Johanna v. Oppersdorff bei. Den Trauakt vollzog Fürstbischof Kopp, welcher nach demselben noch eine Messe zelebrierte.

Potsdam, 5. Juni, früh. Der Kaiser ist gestern Abend 11^{1/2} Uhr mittels Sonderzuges auf der Wildparkstation wieder eingetroffen und bat sich sofort nach dem Neuen Palais begeben.

Potsdam, 6. Juni. Heute Vormittag fand bei dem Neuen Palais das Stiftungsfest des Lehr-Infanterie-Bataillons statt. Um 10 Uhr war Gottesdienst im Freien; derselbe wurde von dem Hof-

prediger v. Hase abgehalten. Die Musik des I. Garde-Regiments und der militärische Kirchenchor begleiteten den Gottesdienst. Der Kaiser und die Kaiserin nahmen an der Feier Theil. Ferner war der Reichskanzler v. Caprivi anwesend, sowie die Generalität und fremdländische Offiziäre. Nach dem Gottesdienst fand Parademarsch statt; sodann begaben sich die Herrschaften über die Moppe nach den festlich geschmückten Kolonnaden, wo für die Mannschaften die Speisetafel hergerichtet waren. Nach einem Rundgang der Herrschaften brachte Flügeladjutant Major v. Hülsen ein Hoch auf den Kaiser aus, worauf der Kaiser auf die Armee tostete; die gesamten Musikkorps der Garnison gaben dazu den Tsch. Hierauf begaben sich die Herrschaften wieder nach dem Neuen Palais und nahmen um 12 Uhr im Muschelsaal das Frühstück ein.

Potsdam, 6. Juni. Der Kaiser ist heute Nachmittag 2 Uhr von der Station Wildpark mittels Sonderzuges nach Kiel abgereist.

Kiel, 6. Juni. Der Kaiser traf mit Gefolge heute Abend hier ein. Auf dem Bahnhof waren Prinz Heinrich, Professor v. Eschbach mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Henriette zu Schleswig-Holstein, mehrere Admirale und der Bürgermeister von Kiel, Lorey, anwesend. Der Kaiser fuhr durch die geschmückten Straßen nach dem königlichen Schlosse.

Kiel, 6. Juni. Der Kaiser von Russland bleibt bis Mittwoch hier. Wahrscheinlich findet am Mittwoch ein Manöver der Flotte statt. Kaiser Wilhelm nimmt auf der „Hohenzollern“ Wohnung. Zur Tafel sind ca. 40 Personen befohlen, darunter der kommandirende Admiral Freiherr von der Golk, General Graf Waldersee, der Oberpräsident, der Stationschef, der Flottenchef, der Stadtcommandant, die russischen Botschaftsmitglieder, Oberst v. Bülow, Kommandeur des Kaiser Alexander-Regiments. Im Hafen liegen außer der „Hohenzollern“ 40 Kriegsschiffe. Aus dem kaiserlichen Marstall trafen sechs Pferde und Equipagen ein. Demnach ist es wahrscheinlich, daß die Monarchen Ausfahrten unternehmen.

Hamburg, 4. Juni. Nach der „Hamb. Börse.“ hat sich der Waarenverkehr Hamburgs zur See auch im Jahre 1891 bedeutend gehoben. Die Waaren einfuhr seewärts im Jahre 1891 betrug 54 251 889 Doppelzentner Netto im Werthe von 1 521 398 590 M. gegen 50 069 666 Doppelzentner im Werthe von 1 376 928 760 M. im Jahre 1890. Die Ausfuhr seewärts betrug 1891 26 830 608 Doppelzentner Netto im Werthe von 1 295 424 840 Mark gegen 25 123 295 Doppelzentner im Werthe von 1 260 475 490 Mark im Jahre 1890.

Wien, 4. Juni. Auf dem Bahnhofe Nodau entgleiste heute ein Waggon eines Lokalzuges der Sekundärbahn Liesing-Kaltenleutgeben. Ein Reisender wurde schwer, sechs leicht verletzt.

Pest, 6. Juni. Zur heutigen Feier des 25. Jahrestages der Krönung des Kaisers Franz Josef als König von Ungarn sind schon in der frühen Morgenstunde alle Straßen der Hauptstadt glänzend geschmückt und von einer großen Menschenmenge in feierlicher Kleidung belebt. Überall sind Draperien, Fahnen, Wappen und Embleme angebracht. Der Westbahnhof, auf welchem der Hofzug anlangt, ist reich dekoriert. Besonders prächtigen Schmuck zeigen die Straßen, welche der Festzug passiren wird. Am Theresienring, in der Andrassystraße und in der Albrechtstraße sind monumentale Triumphbögen errichtet, an denen auf das Fest bezügliche Inschriften angebracht sind.

Pest, 6. Juni. Durch die Straßen der festlich geschmückten Stadt wogt eine ungeheure Menschenmenge, welche den Kaiser, als er zur Galavorstellung nach dem Nationaltheater fuhr, mit begeisterten Ovationen begrüßte. Das aus den Honorarien des Landes bestehende Publikum brach beim Eintritt des Kaisers in den Theaterraum in stürmische Elenserufe aus, für welche der Monarch von der Brüstung der Hofloge aus sich verneigend dankte. Die um 7 Uhr beginnende Festvorstellung wurde durch eine Ouvertüre eingeleitet, welche

Bei allen diesen vielseitigen Obsiegenheiten fällt ihm noch bei den meisten Friedensgerichten das Amt eines Ueberzeugers zu, da diese Leute aus dem Volke gebürtig sind, und als solche die Provinzialsprache kennen. Mit welchem Erfolge sich ein derartig vielgeplagter Gerichtsdienst seiner Funktion erledigt, kann man sich wohl ungefähr vorstellen. Oft muß der Schreiber, sofern kein Advokat anwesend ist, mit seinen mehr oder weniger ausreichenden Kenntnissen ausheulen, und den Karren aus den Sprachverwirrungen herausziehen. — Die Einleitung eines hiesigen Prozesses unterscheidet sich namentlich von dem deutschen Verfahren. Während man in Deutschland die Klage mündlich bei der betreffenden Behörde anhängig macht, muß hier der Kläger ein Bittgeuch einreichen, auf welches hin der Richter die Parteien zur Entscheidung vorläßt. Gerade diese Bittgeuche aber sind es, welche einschneidende Missstände in dem Volke erzeugt haben. Diese Bittgeuche dürfen nur in russischer Sprache und im Amtsstile eingereicht werden, sofern auf Erfolg gerechnet werden soll. Wie vermag nun ein Mann aus den unteren Klassen die Klage anhängig zu machen, der, wie die Mehrzahl aller Ostseeprovinzalen, nicht eine Silbe russisch versteht, gleichzeitig denn eine Ahnung von der richtigen Absfassung einer diesbezüglichen Schrift hat? — Den teuren Beifall eines Advokaten anzunehmen, dazu fehlt ihm das nötige Geld, er muß sich daher um eine billigere Hilfe umsehen. Und da braucht er sicher nicht lange zu suchen. Über das ganze Land hin hat sich wie eine giftige Krankheit das Winkeladvokatenthum ausgebreitet. Es gibt keine Stadt, kein Dorfchen in den baltischen Provinzen, in denen sich nicht jene Sorte von gemeingefährlichen Menschen eingestellt hat, welche zu Prozessen aufreisen, ihren zweifelhaften Rath ertheilen, Bittschriften verfassen, kurz so am Markt des Volkes saugen, daß sie mehr Geld an sich reissen, als ein Advokat für seinen rechtlichen Beistand fordert. Aus welchen Sorten von Leuten diese Winkeladvokaten zusammengewürfelt sind, davon hat ein rechtmäßigen denkenden Menschen gar keine Ahnung. Meistens sind es Leute, welche schon irgendwie im Leben Schiffbruch gesitten haben, die das Schicksal herumgeworfen und so mit allen Schicksalen vertraut gemacht hat. Gewöhnlich sind diese Blutsauger in den Kneipen anzutreffen. Hier ist ihr eigentliches Arbeitsfeld, wo sie auf Beute lauern. Besonders in den Schenken, in denen die Bauern verkehren, in Spelunken, welche so recht für ihr Tag scheunendes Gewerbe geschaffen sind, treiben sie ihr Beleben. Hier sieht man oft diese modernen Wegelagerer herumlungern, bei den Bauern sitzen, einen Zettel nach dem andern in die ewig durstige Kehle hinunterlegen, bis sie endlich ein Opfer finden, welches prozeßlustig ist. Flugs muß der Streitfuchte dem moralisch und physisch verlumpten Schreiber, der sich meist als früherer Gerichtsangestellter ausgibt, seinen Handel haarklein erzählen. Unbedingt wird dem Bauern Recht gegeben, ihm ist schreiendes Unrecht geschehen und mit einem donnernden Faustschlag auf den schmierigen Tisch werden von dem großspurigen Subjekt goldene Berge verheißen. Schon von der bestialischen Spelunkenluft halb betäubt, läßt sich denn auch der Bauer durch den Redeschwall vollends dummkopf machen und zu einem Prozeß verleiten, den er nie im Leben gewinnt. Bei

Bier und Schnaps wird das wichtige Dokument verfaßt. Ein Bogen Papier wird von dem wichtigthürenden Herrn Gerichtsherrn a. D. auf dem Tische ausgebreitet und mit amtlicher Miene die Klage des ehrfürchtigvoll zuzuhenden Bauern aufgezeigt. Sobald dieses Schreiben fertig ist, wird es dem auch an das Gericht abgeschickt, nachdem der prozeßführende Bauer den Schreiber außer einer reichlichen Spende in Schnaps noch mit kleiner Münze entzädigt hat. Seltens beträgt das Honorar weniger als einen Rubel, ja in manchen Fällen sogar bis drei Rubel, und höhere Summen, um welche der Prozeßbürtige von dem verschmitzten Schreiber geprellt wird, gehen dabei verloren, da die wenigsten Bittschriften solcher dunkler Herkunft Erfolg haben; sei es nun, daß sie nicht im gerichtlich verlangten Amtsstile abgefaßt sind, sei es, daß der Schreiber überhaupt selbst mangels russisch versteht. Hat nun die abgesandte Bittschrift nicht den gewünschten Erfolg der Vorladung, so schreibt der Betreffende diesen Misserfolg nicht etwa dem Schreiber in die Schuhe, sondern schimpft über die Saumfertigkeit der Gerichtsherren los. Eine gefährliche Konkurrenz erwächst den moralischen Buhsleppern, die auf keine andere rechtmäßige Art ihr Brot verdienen können als durch solche Schwieleteien, in der Thatigkeit der bei den Gerichten angestellten Schreibern. Diese geben schon ehrlicher zu Werke. Weiter müssen sie gut russisch sprechen und verstehen eine Bittschrift formenrichtig zu verfassen, daß sie angenommen wird. Diesen Gerichtsschreibern ist es nicht zu verdanken, wenn sie sich bei ihrer kleinen Gage ein Nebeneinkommen verschaffen. Wenn hier ein Bauer vor Gericht kommt, wendet er sich gewiß zuerst an den Schreiber, den er in seiner ehrfürchtigvollen Scheu vor Allem, was Gericht heißt, zu den Gerichtsherren zählt. Leuthelig und herablassend ertheilt so ein Schreiberlehrer Auskunft, bestellt den Fragsteller wohl auch in seine Wohnung, um ihn hier mit selbstbewußter Miene über den Prozeßgang zu belehren und ihm schließlich seinen Rath zu ertheilen. Guter Rath ist natürlich theuer, das sieht der Bauer auch ein und kauft ein Rubelscheinchen aus der Tasche heraus, so hartnäckig er auch sonst im Geldausgeben ist. Hat nun der Bauer wirklich den Prozeß gewonnen, so hat er es nach seiner Meinung nach nur dem Rath des „Herrn Schreiber“ zu verdanken und posaunt nun dessen Rath in der ganzen Umgegend aus. Natürlich stellen sich gar bald mehr Prozeßlüttige ein, die Wohnung des Schreibers ist oft von Bauern dicht gedrängt, denen er fleißig Bittschriften aufzeigt und die Weise sein Schäfchen zu scheeren und sein Einförmigen zu verdoppeln und verdreifachen. Zwar ist er noch lange nicht so gefährlich wie jene Wegelagerer, von denen oben die Rede war, immerhin aber ist auch diese Sorte mit der anderen zu jener Seuche zu zählen, welche seit Einführung der russischen Gerichtsbarkeit in den baltischen Provinzen ihr gemeingefährliches Wesen über das ganze Land geblasen hat, und wäre es höchste Zeit, daß das Gericht selbst durch einen vernichtenden Schlag derlei Missstände aus dem Wege räume.

von dem Kapellmeister Rebicsek für diesen Anlaß komponirt und von ihm dirigirt wurde. Sodann folgte die Aufführung des Jubiläumsstückes „Die heilige Krone“.

Bess. 5. Juni. Das rumänische Journal „Telegraful Roman“ erklärt, die rumänische Deputation, welche vor einiger Zeit hier eingetroffen war, hatte kein Mandat seitens auch nur eines einzigen Rumänen erhalten, sie sei daher auch nicht berechtigt gewesen, sich als Sendboten von 3 Millionen Rumänen aufzuspielen.

Prag. 4. Juni. Nach einer Meldung der Blätter aus Pragibram sind im Adalbert-Schachte so viele einzelne menschliche Körperreste aufgefunden worden, daß drei Wagen vollgefüllt wurden. Die Leichen seien derart angeschwollen, daß die vorhandenen Särge sich als zu klein herausgestellt hätten und größere angefertigt werden müssten.

Der durch das Grubenunglück verursachte Schaden wird von Fachleuten auf 2½ Millionen fl. veranschlagt. Außer dem Staat seien auch Privatpersonen daran beteiligt. Die Brüderlade verliere einen großen Theil ihres Vermögens. Die Wegschaffung der Leichen werde etwa vierzehn Tage, die Wiederinstandsetzung der Schächte etwa fünfzehn Monate in Anspruch nehmen.

Von den aus den Schächten noch lebend herausbeförderten Arbeitern konnten nur 13 am Leben erhalten werden. Bei den Rettungsarbeiten sind insgesamt 27 Personen umgekommen.

Prag. 4. Juni. Nach einem Telegramm des Impresario der Comédie française unterbleibt die für morgen in Aussicht genommene Mitwirkung der französischen Künstler in der Wohlthätigkeitsvorstellung im Deutschen Theater in Folge eines Verbotes des Direktors Claretie.

Prag. 6. Juni. Direktor Angelo Neumann erwirkte gestern wegen Vertragsbruches die gerichtliche Beschlagnahme der gestern von den Mitgliedern der Comédie française in Brünn erzielten Gastspiel-Einnahme, nachdem dieselben ihr auf heute vereinbartes Auftreten in Prag abgesagt hatten. In Folge des Gewitters lange jedoch das betreffende Telegramm verspätet in Brünn an, weshalb die Ausführung der Beschlagnahme nicht mehr möglich war.

Triest. 4. Juni. Der Dampfer des Österreichischen Lloyd „Euterpe“ ist mit dem Defraudanten Jäger an Bord heute hier eingetroffen. Jäger ist Abends mit dem Postzuge nach Wien eskortiert worden.

Petersburg. 4. Juni. Die „Nordische Telegraphen-Agentur“ erklärt gegenüber anderweitigen unrichtigen (?) Angaben, der Präsident der ökonomischen Gesellschaft Korff habe in einer in der Gesellschaft gehaltenen Rede ausgeführt, daß die Ernteaussichten mit sehr wenigen Ausnahmen überall zufriedenstellend (?) und keine Schwierigkeiten für die Getreideausfuhr vorauszusehen seien.

Petersburg. 4. Juni. Einer Blättermeldung zufolge sollen die Ausnahmetarife, welche für Getreide-, Hen- und Strohtransporte von den Häfen und Grenzstationen stipuliert worden sind, im Laufe der nächsten Woche aufgehoben werden.

Kopenhagen. 6. Juni. Der Kaiser Alexander und der Großfürst-Chronfolger begeben sich heute Abend 10 Uhr an Bord des „Völkertrums“, welcher kurz darauf nach Kiel ablegt.

Rom. 4. Juni. In der heutigen Sitzung der Budget-Kommission erklärte Giolitti, daß er an der Forderung eines sechsmonatlichen Budgetprovisoriums festhalte. Die Kommission nahm nach lebhafter Debatte den Antrag des Abgeordneten Sonnino an, durch welchen das Budgetprovisorium auf einen Monat herabgesetzt wird.

Rom. 4. Juni. Die Abendblätter besprechen die heutige Erklärung Giolittis in der Budgetkommission, daß er an der Forderung eines sechsmonatlichen Budgetprovisoriums festhalte und meinen, dieselbe gebe zu verstehen, daß das Kabinett zur Auflösung der Kammer ermächtigt sei.

Rom. 5. Juni. Als der deutsche Botschafter Graf Solms heute nach der Parade in Uniform den Quirinal verließ, wurde der selbe von der verjammelten Menge mit den Rufen „Es lebe Deutschland“, „Es lebe unser Bündeter“ begrüßt.

Paris. 4. Juni. Man richtetete in der Deputiertenkammer eine Anfrage an die Regierung bezüglich der Besetzung der Insel Alabala (in der Nähe der Comoren) durch die Engländer und über die Verzögerung hinsichtlich Einführung der französischen Juris-

diktion auf Madagaskar. Der Minister des Auswärtigen, Ribot, erwiderte, der Regierung sei keine Nachricht von der Besetzung der Insel Alabala zugegangen. Was die Anfrage bezüglich Madagaskars angehe, so werde die Regierung dort in allerhöchster Zeit einen Gerichtshof oder mehrere ins Leben rufen. England habe im Bruthause zugestimmt, es handele sich nur noch um die Ausführung. Der Zwischenfall war damit erledigt.

Die Budgetkommission beriet das Budget der öffentlichen Arbeiten und gab dem Wunsche Ausdruck, daß bei den öffentlichen Arbeiten nur französische Arbeiter beschäftigt werden möchten.

Paris. 5. Juni. Der Vizepräsident der Kammer, Anatole Delafore, ist gestorben.

Paris. 5. Juni. Präsident Carnot ist heute früh 8 Uhr 40 Minuten in Begleitung der Minister Loubet und Bourgeois nach Nancy abgereist. Am Bahnhofe hatten sich etwa tausend Personen eingefunden, welche Hochrufe auf Carnot ausbrachten.

Paris. 5. Juni. Der Präsident Carnot ist um 1 Uhr Mittags in Bar-le-Duc eingetroffen und wurde von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Er empfing die Behörden, welche den Präsidenten ihrer Ergebenheit gegen die Republik versicherten. Der Bischof von Verdun stellte die Geistlichkeit vor und erklärte, er und der Klerus seiner Diözese akzeptierten offen und loyal die Regierungsfürm, welche sich das Land aus freier Entschließung gegeben habe, er gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Mithilfekräfte verschwinden und Einigkeit und Friede einkehren mögen. In seiner Erwidern dankte der Präsident dem Bischof für seine patriotischen Worte.

Nancy. 5. Juni. Der Präsident der Republik Carnot traf heute Nachmittag um 5 Uhr hier ein und wurde von der Bevölkerung mit lebhaftem Jubel empfangen. Alle Straßen waren mit Fahnen in französischen und burgundischen Farben geschmückt. 32 Triumphbogen sind errichtet. Der Vorbeimarsch der Truppen vor dem Präsidenten Carnot verlief trotz des regnerischen Wetters unter großem Jubel der Bevölkerung äußerst glänzend. Dem Präsidenten Carnot wurden während desselben lebhafte Ovationen dargebracht.

Nancy. 4. Juni. Die tschechischen Turner wurden hier mit großer Begeisterung und unter den Rufen „Es leben die Sofos, es lebe Frankreich“ empfangen. Die französischen und böhmischen Turner fraternisierten, den tschechischen Deputirten Podlipuy haben französische Turner auf die Schulter und trugen ihn im Triumph, während Blumen und Sträuße aus den Fenstern auf den Zug geworfen wurden.

Brüssel. 5. Juni. Die Truppen der hiesigen Garnison, welche sich gegenwärtig im Lager von Beverloo befinden, werden kommenden Sonnabend angefechtet des großen Wahltages am 14. Juni wieder hierher zurückkehren. Am Wahltag werden die Truppen in den Kasernen konstituiert sein.

London. 5. Juni. Nach einer bei Lloyds eingegangenen Depeche aus Suez fand im Sueskanal ein Zusammentreffen zwischen dem englischen Dampfer „Crown of Aragon“ und dem aus Odessa kommenden deutschen Dampfer „Tritos“, der „Flensburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft von 1869“ gehörig, ein Zusammentreffen statt. Der Dampfer „Tritos“ ging nach wenigen Minuten unter, der englische Dampfer ist stark beschädigt. Näheres fehlt noch.

London. 6. Juni. Wie dem „Standard“ aus Buenos-Aires gemeldet wird, gilt die Wahl Pera's zum Präsidenten für gesichert.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Teheran hat die Cholera-Epidemie in der Gegend von Meshed an Heftigkeit nachgelassen.

Pittsburg. 5. Juni. Die Städte Titusville und Oil-City sind heute in Folge eines Wollsturms überschwemmt worden. Gleichzeitig wurden die Petroleumraffinerien durch einen Blitzschlag in Brand gesetzt. Titusville soll zur Hälfte ein Raub der Flammen geworden sein. Die Zahl der ums Leben gekommenen Personen wird auf 150 geschätzt. In Oil-City sollen 11 Personen in den Flammen umgekommen sein.

Pittsburg. 6. Juni. Nach weiteren hier eingegangenen Meldungen bemächtigte sich der Bevölkerung von Titusville und Oil-City beim Eintreten der Katastrophe eine unbeschreibliche Panik. Die Einwohner flüchteten nach den hochgelegenen Stellen der Umgegend. Zahlreiche Personen, darunter Frauen und Kinder, sind theils im Wasser, theils in den Flammen umgekommen. Die Zahl der Toten wird auf mindestens 150 Personen angegeben. In Oil-City allein sollen bereits gegen 100 Leichen aufgefunden sein, zahlreiche Personen werden noch vermisst. Der verursachte Schaden wird auf mehrere Millionen Dollars geschätzt.

Bukarest. 5. Juni. König Carol hat gestern aus Anlaß der

Verlobung des Thronfolgers die Glückwünsche sämtlicher Minister und der Abordnungen beider Kammern entgegengenommen, die letzteren gaben der dankbaren Anerkennung Ausdruck, daß der König niemals die Geschicklichkeit seiner Dynastie von der Wohlfahrt seines Landes trenne. Der König erwähnte, er betrachte die von dem Lande so überaus freudig begrüßte Verbindung als ein großes Glück und einen wahrhaften Trost, denn er sehe dadurch das mit der gegenwärtigen Generation begonnene Werk gesichert, er blicke vertrauensvoll in die Zukunft. Aus dem ganzen Lande laufen Glückwünsche ein: die Mitglieder des diplomatischen Corps zeichneten sich in die im Palais aufliegenden Listen ein. Die Presse des Landes hebt in Übereinstimmung mit der Bevölkerung die große Bedeutung des neuen ehelichen Bundes hervor, welcher eine enge Verwandtschaft zwischen der rumänischen Dynastie und der Herrscherfamilie des mächtigen englischen Reiches begründe. Die Verbindung rechtfertige das Vertrauen in die Zukunft des Landes. Man wisse der Königin Victoria Dank und betrachte deren Zustimmung zu der Verbindung als einen neuen Beweis ihres wohlwollenden Interesses für Rumänien.

Athen. 4. Juni. Das Abkommen zwischen der Regierung und der Kreditbank, auf Grund dessen die erstere die für die Einlösung des Zulufurons erforderlichen 90 000 Pfund erhält, ist heute unterzeichnet worden.

Athen. 6. Juni. Heute fand die Eröffnung der Kammer mit dem gebräuchlichen Ceremoniell ohne Thronrede statt. Zum provvisorischen Präsidenten wurde der trikupistische Abgeordnete Cantaragi gewählt.

Washington. 4. Juni. Staatssekretär Blaine hat dem Präsidenten Harrison seine Entlassung in einem Schreiben überreicht, dessen Kürze sehr besprochen wird. Präsident Harrison hat die Entlassung in einem eben solchen Schreiben angenommen. Der Schritt Blaine's verurteilt grobes Aufsehen, zumal derselbe am Vorabend der Ernennung der Präsidentschaftskandidaten erfolgte. Die Anhänger Blaine's in der republikanischen Konvention, welche am 7. d. in Minneapolis zusammentritt, sind der festen Ansicht, daß die Demission Blaine's als Kandidatur desselben für den Präsidentschafts-posten anzusehen sei und sind entschlossen, ihn für die Präsidentschaft zu ernennen.

Washington. 5. Juni. Der Präsident Harrison hat den Assistant-Sekretär Wharton mit der zeitweiligen Leitung des Staats-Departments betraut. — Wie verlautet, hätte der Staatssekretär Blaine aus persönlichen Gründen und wegen sachlicher Differenzen in der hiesigen und in der Behringss Meer-Angelegenheit schon seit längerer Zeit die Absicht gehabt, zu demissionieren. Auch soll der Verkehr der Familien Harrisons und Blaines ein wenig freundschaftlicher gewesen sein.

Newyork. 4. Juni. Nach einem Telegramm des „Newyork-Herald“ aus Valparaiso hat das chilenische Ministerium demissioniert.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celcius Grad
4. Nachm. 2	757,5	N	mäßig bedeckt	+20,1
4. Abends 9	756,4	N	leicht bedeckt	+17,0
5. Morgs. 7	756,4	N	mäßig bedeckt	+13,6
5. Nachm. 2	753,6	N	mäßig trüb	+18,2
5. Abends 9	752,9	N	schwach trüb	+13,1
6. Morgs. 7	752,6	N	leiser Zug bedeckt	+13,0
Am 4. Juni	Wärme-Maximum + 21,1° Celcius.			
Am 4.	= Wärme-Minimum + 14,1° =			
Am 5.	= Wärme-Maximum + 19,2° =			
Am 5.	= Wärme-Minimum + 12,5° =			

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celcius Grad
6. Nachm. 2	753,3	N	schwach bedeckt	+16,8
6. Abends 9	756,3	N	frisch bewölkt	+10,9
7. Morgs. 7	756,3	N	stark bedeckt	+12,1

¹⁾ 5 Uhr schwacher Regen. ²⁾ Nachts Regen.

Am 6. Juni Wärme-Maximum + 18,4° Celcius.

Am 6. = Wärme-Minimum + 9,5° =

Gestern nahm Gott unser liebes

Adelchen

im zarten Alter von 4 Monaten zu sich.

Verwandten, Freunden und Bekannten widmen diese traurige Nacht.

Die Beerdigung findet heute Nachmittag um 4 Uhr, vom Trauerhause Wallische Nr. 2 aus statt.

Posen, den 6. Juni 1892.

Alfred Wiesner u. Frau Martha, geb. Krug.

Telegraphische Börsenverichte.

Konds-Kurse.

Bredau. 4. Juni. (Schlußkurse.) Schwankend. Neue Proz. Reichsschulde 87,95, 3½ proz. L.-B.-B. 98,20, Konsol. Türk. 20,50, Türk. Loos 92,00, 4 proz. ung. Goldrente 94,15, Bresl. Diskontobank 96,25, Breslauer Wechselbank 98,00, Kreditbanken 172,40, Schles. Bankverein 114,75, Donnersmarckhütte 90,50, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,75, Oberschles. Eisenbahn 59,25, Oberösch. Portland-Zement 85,25, Schles. Cement 120,50, Oppeln-Zement 91,50, Schles. D. Cement —, Kramfia 128,50, Schles. Gießkästen 196,75, Laurahütte 118,25, Verein. Oelsfabr. 87,50, Oesterreich. Banknoten 171,10, Russ. Banknoten 214,90, Gieseit. Cement 91,50.

Wien. 4. Juni. (Schlußkurse). Ungeachtet der Reserviertheit vor den Feiertagen auf Deckungen fest. Staatsbahnen vorübergehend lebhaft, Schlaf ruhig.

Österr. 4½% Papier. 95,82%, do. 5 proz. 100,95, do. Silber. 95,45, do. Goldrente 113,20, 4 proz. ung. Goldrente 110,60, 5 proz. do. Papier. 100,70, Länderbank 219,10, österr. Kreditbank 322,87%, ungar. Kreditbanken 363,50, Wien. Bf.-B. 116,80, Elbenthalbahn 238,75, Galizier 215,00, Lemberg-Czernowitz 245,00, Lombarden 99,60, Nordwestbahn 216,25, Tabatsattien 190,50, Napoleon 9,49, Marken 58,52%, Russ. Banknoten 1,25%, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 105,80.

Rio de Janeiro. 4. Juni. Wechsel auf London 11½.

Buenos-Aires. 3. Juni. Golddag 227.

Produkten-Kurse.

Köln. 4. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger lofo 21,50, do. fremder lofo 22,00, per Juli 19,10, per Nov. —, Roggen

